



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2017



Entschädigung im internationalen Vergleich
Der Umgang mit psychischen Störungen
Volker Höffer im Interview

Inhalt

Aktuell

- 3 Re-Import aus China
Internationales Verbrechen
Teilnahme verboten
Kommentar

Recht

- 4 Recht auf Wiedergutmachung

International

- 5 Resolution
Ängste und Verlockungen

Thema

- 6 ...weil wir die besseren Nerven haben

Interview

- 8 Eine generelle Diktaturvorsorge bleibt abzuwarten

Dokumentiert

- 9 Rechtspositionen wieder herstellen
Kein Spießbrutenlauf durch Instanzen

Betrachtungen

- 10 Der gebändigte Leviathan

Verbände

- 12 28. Bautzen-Forum
Bautzen-Treffen
Fünfeichen
- 13 Leserbrief
- 14 Beratungstage 2017
Ketschendorf
Noch lieferbar
- 15 Spendenaufruf
- 16 Abschied

Service/Bücher

- 17 Ost-Berlin
Buchtip
- 18 Wirklich zwangsvereintigt?

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Innerhalb des Projektes „Ohne Wurzeln, keine Flügel“ des Menschenrechtszentrums Cottbus haben junge Frauen mit Ausbesserungsarbeiten die ca. 320 Suchanzeigen in der Dauerausstellung „Zwangsadoptionen“ wieder hergestellt.

Foto: Hana Hlášková

Editorial

Wie können wir unsere Interessen wirksam vertreten?

Liebe Freunde, liebe Mitstreiter,

eines unserer Probleme neben unserer Betroffenheit ist, daß wir oftmals Schwierigkeiten haben, unsere Anliegen in der Öffentlichkeit darzustellen. Wir alle kennen die Erfahrung: Wenn wir unsere Schicksale jemandem vortragen können, der zuhört und auch bereit und in der Lage ist zu helfen, dann finden wir viel Verständnis. Aber es sind zu wenige, die uns Gehör schenken. Und da wir in einer Zeit leben, in der Talkshows grundsätzlich nur die Themen behandeln, die Quoten bringen, müssen wir einsehen, daß unsere Themen eben nicht quotentauglich sind. Das darf aber keinesfalls dazu führen, daß wir aufgeben oder daß wir unsere Bemühungen einstellen.

Ich habe keinen Plan, für dessen Erfolg ich mich verbürgen könnte. Aber ich halte es für wichtig, daß jede einzelne Betroffenengruppe in Kleinarbeit in ihrer Region Informationen anbietet. Dafür geschieht schon viel, und hier möchte ich die letzte Veranstaltung, die ich in Wismar besucht habe, positiv hervorheben. Sie hat sich mit dem Schicksal von Zwangsadoptierten beschäftigt, war gut besucht, in einem tollen Rahmen, und es wurde vor Ort berichtet. Auch die Initiative „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ in Brandenburg ist regional mit voller Aufmerksamkeit von der Landespolitik aufgenommen worden. Davon brauchen wir mehr.

Es gibt aus meiner Sicht nicht das eine Mittel, das hier wirkt. Ich halte es für das wichtigste, auch vor Ort Politiker und Verwaltungsmitarbeiter anzusprechen, um sie für unsere Sache zu gewinnen. Wir werden natürlich im Vorfeld der Bundestagswahl Wahlprüfsteine versenden, die, anders als in der Vergangenheit, alle Kandidatinnen und Kandidaten

für den Deutschen Bundestag erhalten sollen.

Dazu sind wir auch auf die Mithilfe unserer Mitgliedsverbände und -initiativen angewiesen, die gegebenenfalls bei ihren örtlichen Kandidaten nachhaken sollen. Der übliche Weg ist, daß die Parteizentralen diese Wahlprüfsteine bekommen und sie dann zentral mehr oder weniger beantworten. Unser Anliegen muß es aber sein, die Menschen zu konfrontieren und bestenfalls zu interessieren und zu gewinnen. Deshalb möchte ich Sie bitten, mit diesen Wahlprüfsteinen zu Ihren örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten zu gehen, um ihnen deutlich zu machen, daß dies keine anonyme Angelegenheit ist, sondern eine sehr persönliche.

Als UOKG versuchen wir bei wirklich vielen Ereignissen, mit unserer Meinung in der Öffentlichkeit präsent zu sein, was schwierig genug ist. Es gibt Gruppen, wie die Initiative, die sich gegen die Folgen des Rentenüberleitungsgesetzes für DDR-Flüchtlinge und Übersiedler wendet, die auch Demonstrationen durchführen. Ich denke, sich öffentlich zu zeigen, in kleineren oder größeren Aktionen, und Bilder zu produzieren und Nachrichten zu vermitteln, ist immer ein gutes Mittel. Allerdings, und das müssen wir eingestehen, sind wir nicht in der Lage, Tausende von Bürgern für unsere Anliegen auf die Straße zu bringen. Dennoch ist es richtig, denn wer nicht kämpft, hat schon verloren. Auch hier will ich erneut an Sie die Aufforderung richten: Wenn Sie Ideen haben, wie wir effektiver an die Öffentlichkeit treten können, dann lassen Sie es uns wissen.

Mit besten Grüßen
Dieter Dombrowski

Rechtspositionen wieder herstellen

Resolution der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge und der VOS an den Bundespräsidenten Norbert Lamert und die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages

Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ vertritt die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ (ehemalige DDR-Flüchtlinge). Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ ist die Vorhut der Bürgerbewegung der DDR und war, als der Beitritt der DDR vollzogen wurde, im Geltungsbereich des Grundgesetzes ansässig. Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ hatte nachweislich nicht zur Verhandlungsmasse bei der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR gehört. Die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR wirkte nach dem Willen des 12. Bundestages ausschließlich in den Rechtsraum der beigetretenen DDR.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland hatte für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge böse Folgen, die in den Gesetzen zum Beitritt der DDR nicht angelegt sind.

Die mit ihrer einstigen Eingliederung in den Rechtsraum der alten Bundesrepublik begründeten Rechte sind durch einen willkürlichen rückwirkenden Eingriff der Exekutive in das Gesetz zur Rentenüberleitung (RÜG) gelöscht worden. Weder der Gesetzgeber noch die politische Öffentlichkeit noch die Betroffenen selbst sind informiert worden.

Der rückwirkende Eingriff in das RÜG hintertreibt den ausdrücklichen Willen des ersten gesamtdeutschen Bundestages sowie der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung.

Wir fordern:

1. Die vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge in die Wirkmechanismen des RÜG muß rückabgewickelt werden.
2. Die bei der Eingliederung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge nach geltendem deutschem Recht begründeten Rechtspositionen sind wiederherzustellen.
3. Da die von 2006 bis 2015 dauernde Behandlung der Mehrfachpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 unter ei-

ner grundsätzlich falschen Voraussetzung stattgefunden und damit unter einem erheblichen Mangel gelitten hat, ist eine nochmalige Behandlung des Themas „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ durch den Bundestag unbedingt erforderlich.

4. Der Bundestag ist aufgefordert, der seit 2015 auf dem Tisch des Bundestages liegenden Forderung nach Neubefassung (Pet. 3-18-11-8222-020228) nachzukommen.
5. Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ als Vertreterin der Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ fordert den Bundestag auf, Vertreter des Vorstands der IEDF anzuhören und bei der Bearbeitung hinzuzuziehen.

(Die Resolution mit einer Unterschriftenliste wurde am 21.3.2017 während einer Demonstration dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Bundestages, Prof. Dr. Matthias Zimmer, CDU, offiziell übergeben. Ein Bericht über die Demonstration folgt in der nächsten Ausgabe.)

Kein Spießrutenlauf durch Instanzen

Forderungen der Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern (Initiative)

Anlässlich des Bundestagswahlkampfes 2017 gerichtet an die Bundesvorstände der Parteien und die Bundestagsfraktionen

Die Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern setzt sich für eine deutliche Besserstellung aller Opfer des DDR-Unrechtsstaates ein.

Welche Maßnahmen haben Sie in Ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2017 verankert, um eine deutliche Verbesserung für SED-Opfer zu erreichen?

Wir werden in diesem Jahr 27 Jahre deutsche Einheit feiern, den mutigen Opfern der politischen Repressionen des DDR-Regimes bleibt aber eine angemessene, gesellschaftliche und auch finanzielle Würdigung vom wiedervereinigten Deutschland bis zum heutigen Tage versagt! Die bisherigen Leistungen sind der sogenannte „Ausfluß der Sozialgesetzgebung“, die Rente wird nur sozial bedürftigen Opfern des Regimes gewährt. Das ist keine angemessene Entschädigung. [...]

Wir bitten und fordern Sie auf:

Die monatliche Ehrenpension soll auf 750.– Euro angepaßt und die Bedürftigkeit für den Erhalt der Ehrenpension mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden. Gesundheitsschäden durch die Haftzeit müssen unbürokratisch anerkannt werden. Ein jahrelanger Spießrutenlauf durch die Instanzen muß abgeschafft werden. Alles andere ist eine Fortsetzung von Unrecht!

Das Leugnen von SED-Unrecht sowie das Zeigen von DDR-Symbolen oder das Verherrlichen der DDR-Diktatur ist unter Strafe zu stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland verleiht jedem anerkannten ehemaligen politischen Häftling und Opfer einen eigens neu dafür geschaffenen Orden für Tapferkeit und Patriotismus im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung. Diese Auszeichnung soll den schwerstbetroffenen Opfern des SED-Regimes eine besondere und herausragende gesellschaftliche Stellung geben.

Strafvollzugseinrichtungen der ehemaligen DDR, die mit politischen Häftlingen

des SED-Regimes betrieben wurden, sind als Gedenkstätten so auszubauen, daß die nachfolgenden Generationen sich anschaulich ansehen können, was dort passiert ist. Zeitzeugen und Initiativen zum Erhalt oder Betreiben der Gedenkstätten von DDR-Unrecht sind so finanziell auszustatten, daß es an nichts fehlt.

Die Lehrpläne in den Schulen Klasse 9 sind so zu gestalten, daß die DDR-Zeit ausführlich und anschaulich aufklärend gestaltet wird. Eine Verklärung der DDR ist nicht weiter hinnehmbar!

Die Strafverfolgung von SED-Tätern (Aufsehern, Gefängnisleitern, Stasi-Offizieren sowie Richtern und Staatsanwälten der ehemaligen DDR, die aus politischen Gründen Andersdenkende verfolgt und hinter Gitter gebracht haben) ist durch die Justizbehörden wieder aufzunehmen, soweit man ihrer habhaft werden kann. Die Anstellung im öffentlichen Dienst oder sonstigen staatlichen Behörden muß ihnen versagt werden!

Mike Mutterlose und Dieter Gollnick